
Amt für Mobilität und
Verkehrsinfrastruktur

Ausschuss für Umwelt und Verkehr
Öffentlich

13.01.2015
TO Nr. 2.1.3

Sozialticket

I. Beschlussantrag

Kenntnisnahme

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 beantragen die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE/KR Stähle erneut eine Untersuchung zur möglichen Einführung eines Sozialtickets (Anträge Nr. 51 und 82). Die LINKE/KR Stähle beantragt ferner zu dessen Finanzierung 500.000 € in den Haushalt 2015 einzustellen.

Der UVA hat sich zuletzt am 12.11.2013 (vgl. Beratungsunterlage 2013/53) mit der Thematik befasst. Die damals geplante Befragung der potenziellen Zielgruppe musste aus datenschutzrechtlichen Gründen und in Erwartung eines zu geringen Rücklaufs aufgegeben werden.

Bei den damaligen Überlegungen wurde ein Zuschussaufwand von ca. 500.000 € - 750.000 €/Jahr an Kosten für den tariflichen Ausgleich der Sozialtickets prognostiziert (Inanspruchnahme 10-15% bei einer Nutzgruppe von rd. 13.000 Anspruchsberechtigten). Die kreisweite Gültigkeit der Tickets im Netz Filsland unterstellt, wurde seitens der Unternehmen ein Anspruch nach dem Haustarif in Höhe von 61,75 €/Monatticket in Ansatz gebracht. Der öffentliche Zuschussbedarf läge entsprechend bei 32,75 €/Ticket.

Der Filsland Mobilitätsverbund und die durch ihn vertretenen Busunternehmen lehnen andere, eigenverantwortliche Finanzierungsmodelle ab. Diese könnten darin bestehen, dass bei dem vorgesehenen attraktiven Abgabepreis an die Anspruchsberechtigten in Höhe von 29,- €/Monat ein starker Anteil an Neukunden unterstellt wird, der Zusatzeinnahmen für den Verbund sichert, aber nicht zwangsläufig zu höherem Betriebsaufwand infolge erweiterter Buskapazitäten führen muss. Die Landkreisverwaltung hat in den Verhandlungen gegenüber dem Filsland Mobilitätsverbund darüber hinaus signalisiert, sich bei der Umsetzung eines derartigen Modells grundsätzlich eine pauschale Abgeltung befürchteter Mindereinnahmen beim

Einzelkartenverkauf vorstellen zu können. Das Risiko für die Unternehmen wird durch die Landkreisverwaltung eher gering eingeschätzt. Hierzu besteht derzeit keine Bereitschaft seitens des Verbundes. Insofern haben die Verhandlungen in dieser Hinsicht nicht zum Ziel geführt. Der geforderte Ausgleich in der Einzelabrechnung von Sozialtickets scheidet aus Sicht der Verwaltung aufgrund des hohen Zuschussbedarfs aber aus.

Die Verwaltung rät aufgrund der hohen Kosten daher weiterhin von der Einführung des Sozialtickets im Landkreis Göppingen zu den von Filsland geforderten Konditionen ab. Zunächst sind die finanziellen Bedarfe, die sich aus der Umsetzung des im Jahr 2015 zu beschließenden Nahverkehrsplans und des neuen Schienenkonzepts im Filstal ergeben, näher zu bestimmen. Ungeklärt ist bislang auch die weitere Entwicklung bei den Eigenanteilen des Schüler-Abos, welche deutliche Zusatzkosten für den Kreishaushalt verursachen würde. Die Verwaltung strebt eine Harmonisierung mit dem Preisniveau des VVS (Scool-Abo) an. Daher ist aus Sicht der Verwaltung zunächst das Finanzkonzept 2015+ abzuwarten.

III. Handlungsalternativen

Einführung des Sozialtickets im Landkreis mit voraussichtlichen Kosten von bis zu 750.000 €/Jahr.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Keine Finanzierung im Haushalt 2015. Vor dem Hintergrund ungeklärter Fragen der ÖPNV-Finanzierung im Rahmen des Finanzkonzepts 2015+ empfiehlt die Verwaltung von der Einführung des Sozialtickets angesichts der hohen Kosten derzeit abzusehen.

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

Zukunfts- und Verwaltungsleitbild	Übereinstimmung/Konflikt				
	1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung				
	1	2	3	4	5
Zukunft der Mobilität	X				
Zukunft des sozialen Zusammenlebens	X				
Zukunft der Klimasituation		X			

VI. Internetfreigabe

Freigegeben für die Veröffentlichung im Internet.